

Pressemitteilung



Kreisverband Braunschweig

Madamenweg 171
38118 Braunschweig
info@gruene-braunschweig.de

Telefon: 0531 - 16 400

Braunschweig, 06.11.2022

Grüne Braunschweig stimmen für Koalitionsvertrag Rot-Grün bringt Niedersachsen weiter – Braunschweig profitiert

Die Delegierten des Kreisverbands Braunschweig haben auf der heutigen Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen dem ausgehandelten Koalitionsvertrag „Sicher in Zeiten des Wandels – Niedersachsen zukunftsfest und solidarisch gestalten“ zugestimmt.

Die Braunschweiger Delegation sieht auch für die weitere Entwicklung der Stadt Braunschweig richtige Impulse gesetzt. Dr. Andreas Hoffmann, MdL, Sprecher des Kreisverbandes Braunschweig, stellt wesentliche Punkte für die Delegation vor. Die nachfolgenden Beispiele zeigen deutlich, wie Braunschweig profitieren kann.

Klimafreundliche Mobilität - ÖPNV und Radverkehr werden gestärkt

Die neue Landesregierung setzt sich für einen „massiven Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs ein“. Aufgrund stark steigender Energiekosten ist das ÖPNV-Angebot auch in der Region Braunschweig aktuell von Einsparung bedroht. Noch in diesem Jahr soll deshalb ein Rettungsschirm in einem Nachtragshaushalt eingerichtet werden, der das bestehende Angebot absichert. Das in der Region bereits bestehende Modellprojekt Schülerticket wird durch das landesweit gültige Schülerticket ersetzt. Damit sind Angebot und Finanzierung für die Verkehrsbetriebe gesichert! Die Landesregierung ruft das Ziel aus, die Fahrgastzahlen bis 2030 zu verdoppeln. Dafür sind finanzielle Zuwendungen des Landes und neue Konzepte beim Regionalverband und der Braunschweiger Verkehrs-GmbH notwendig – die fordern wir ein. Der Stadtbahnausbau ist für die Landesregierung ein genauso wichtiger Baustein wie für uns Grüne in Braunschweig.

Wir freuen uns über die Zielsetzung, Niedersachsen zum „Fahrradlandnummer eins“ zu machen und landesweit den Anteil des Fahrrads am Verkehrsaufkommen bis 2030 auf 25 % zu erhöhen. Das gibt unseren Ambitionen Braunschweig zu der Fahrradstadt Norddeutschlands zu machen neuen Rückenwind. Die organisatorische Neuaufstellung und Weiterentwicklung der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) zu einer Mobilitätsbehörde bedeutet auch Chancen für Braunschweig. Wenn es gelingt, die Zuständigkeit für Planung, Bau und Betrieb von Radschnellwegen im Portfolio der Behörde zu verankern, dann können die interkommunalen Planungen für die Radschnellwege

zwischen Braunschweig und Wolfsburg sowie zwischen Braunschweig und Wolfenbüttel/Salzgitter beschleunigt werden.

Bildung und Teilhabe ist Zukunft

Braunschweigs Kitas genießen ein hohes Vertrauen. Das Programm „Sprach-Kitas“ soll verstetigt werden – ein bedeutender Beitrag für die Integration von Kindern und ihren Familien, den wir in Braunschweig sehr schätzen. Die Einführung einer dritten Fachkraft begrüßen wir. Die Abschaffung des Schulgeldes für die schulische Ausbildung zu Heilerziehungspfleger*innen begrüßen wir ebenfalls. Der „Niedersachsen-Plan 2.0“, zielt darauf ab, dass mehr junge Menschen Berufe zur qualifizierten Betreuung von Kindern ergreifen, um die personellen Mehrbedarfe besetzen zu können. An Kitas Familienzentren anzusiedeln, erfolgt in Braunschweig bereits. Wir wollen dieses gute Konzept mit Unterstützung der Landesregierung weiter fördern und ausbauen.

Die höhere Bezahlung von Lehrkräften in allen Schulzweigen wird dazu beitragen, mehr Menschen für diesen wichtigen Beruf zu begeistern. Die Ausstattung aller Schüler*innen mit digitalen Endgeräten ab Klasse 8 sichert allen die Teilnahme am Unterricht und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Ein wichtiger Schritt, um Gerechtigkeit herzustellen und Bildungschancen unabhängiger von der sozialen Herkunft zu machen.

Unsere Stadt ist und bleibt vielfältig und bunt. Das neue Teilhabe- und Partizipationsgesetz der neuen Landesregierung wird Teilhabe in verschiedenen Lebensbereichen auch in unserer Stadt voranbringen. Die in Braunschweig bestehende Migrationsberatung wird gestärkt. Mit dem Projekt „Wege ins Bleiberecht“ besteht endlich die Chance von Kettenduldungen betroffene Menschen eine Perspektive bei uns zu bieten. Die Landesregierung will Modellstädte suchen, um bestehende Ausländerbehörden zu „Migrationszentren“ weiterzuentwickeln. Es stünde der Stadt Braunschweig gut zu Gesicht hier dabei zu sein.

Die Einführung eines niedersächsischen Antidiskriminierungsgesetz begrüßen wir, weil wir damit eine Lücke schließen, um Diskriminierung entgegenzuwirken. Die Stelle der Antidiskriminierungsstelle in Braunschweig erlangt so gesetzlichen Unterbau und zeigt, dass Braunschweig das Thema bereits angeht.

Das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken und bei kommunalen Wahlen Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit das Wahlrecht zu ermöglichen, stärkt unsere Gesellschaft und Demokratie. Das trägt zur Identifikation mit ihren Lebensorten – somit in Braunschweig – bei und ist ein bedeutender Beitrag zur Integration und Teilhabe am politischen Leben.

Klimaschutz und Stadtentwicklung zusammen denken

Die Landesregierung wird die Klimaschutzbemühungen der Kommunen unterstützen. Wir erwarten hier deutlichen Rückenwind für die Umsetzung und Mitfinanzierung des erst kürzlich beschlossenen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Braunschweig.

Entsiegelungskataster und Wärmepläne, wie sie u. a. unter Einforderung der Grünen Stadtratsfraktion bereits in Braunschweig in Erarbeitung sind, werden bedeutende Instrumente für die Landesregierung. Wir unterstützen das Bestreben der Landesregierung, dass auch in Braunschweig politische Entscheidungen einem Klimacheck unterzogen werden sollen.

Dazu gehört auch, die Neuversiegelung auf ein unvermeidbares Maß zu reduzieren und für diese Flächen eine Ausgleichspflicht einzuführen. Das unterstützt unsere Grünen Ziele in Braunschweig, die Innen- vor Außenentwicklung zu fördern – auch wenn die Innenentwicklung deutlich mehr Zeit braucht. Es gibt noch ausreichende Stadträume, in denen über den Rückbau von Verkehrsflächen Raum für städtebauliche Entwicklungen gewonnen werden können: z.B. Europaplatz, John-F.-Kennedy-Platz, Hamburger Straße, Rückbau des Autobahnkreuzes Ölper samt Rückstufung der A 392 zu einer Kreisstraße.

Nachhaltige Stadtentwicklung wird durch die neue Landesförderung einer konsequenten Regenwassernutzung und -förderung unterstützt. Dach- und Fassadenbegrünung und die Flächenentsiegelung müssen auch in Braunschweig Leitbilder des Stadumbaus und der Neubaupläne für die Bahnstadt oder das Quartier Rautheim-Möncheberg sein. Soziales, Ökologisches, energieeffizientes und klimafreundliches Bauen, Sanieren, Nachverdichtung, Umbau, Umnutzung und Aufstockung sind auch Leitbilder für die Braunschweiger Stadtentwicklung für uns Grüne. Als großen Gewinn sehen wir, dass endlich die Niedersächsische Bauordnung reformiert wird und die längst überholte Stellplatzverordnung damit angepasst wird. Bei Umnutzung, Aufstockung, Umbauten sowie bei Nachverdichtung entfällt der Zwang zur Herstellung neuer Parkplätze!

Die neue Landesregierung fördert auch unsere neue Braunschweiger Baulandstrategie. Kommunen sollen Unterstützung bei der Mobilisierung und Rekommunalisierung von Bauland, Wohnungen und Grundstücken unterstützt werden. Das kommunale Vorkaufsrecht soll gestärkt werden. Das gibt einer bereits zu gebauten Stadt Braunschweig mehr Handlungsspielräume.

Wir werden mit der Verwaltung und unserem Kooperationspartner SPD in der Stadt Braunschweig prüfen, inwiefern die neue Landeswohnungsgesellschaft uns bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum unterstützen kann.

Wasserstoff hat eine Schlüsselfunktion in der Energiewende. In der Region Braunschweig fehlt aber noch eine abgestimmte Wasserstoffstrategie. Der Koalitionsvertrag gibt einen klaren Kompass vor: Wasserstoff soll vorrangig dort eingesetzt werden, wo nicht direkt auf erneuerbaren Strom umgestellt werden kann. Somit rücken in der Region Braunschweig die Stahl- und Automobilindustrie in den Vordergrund. Energetisch aufwendig produzierter grüner Wasserstoff soll nicht ineffizient z. B. für die Mobilität (Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken ist Hybridfahrzeugen vorzuziehen, kein Wasserstoff für Pkw-Antrieb) verwendet werden. Dafür setzen wir uns auf Ebene des Regionalverbandes ein.

Bei einem Einstieg in Fracking rückte sogar das Stadtgebiet Braunschweig ins Zentrum der Betrachtung. Wir begrüßen deshalb das klare Bekenntnis der Landesregierung gegen Fracking. Statt Investitionen in Fracking und die fossile Erdgasgewinnung wollen wir mit der Landesregierung lieber den Ausbau erneuerbarer Energien fördern.

Und noch vieles mehr...

Die Open-Data-Struktur steckt in Braunschweig noch in den Kinderschuhen. Hier erwarten wir uns durch die Impulse der Landesregierung mehr Geschwindigkeit in der Stadtverwaltung.

Dank uns Grünen ist das Stadttubenmanagement in Braunschweig bereits erfolgreich etabliert und verstetigt. Die Landesregierung wird die Förderrichtlinie zum tierschutzgerechten Stadttubenmanagement über das Jahr 2024 hinaus weiterführen und verstetigen. Wir fühlen uns in unserer Arbeit damit bestätigt.

„Das alles und noch viel mehr steckt im Koalitionsvertrag der neuen Rot-Grünen Landesregierung“, sagt Hoffmann. „Braunschweig wird von den Zielen des Landes profitieren. Die Rot-Grüne Kooperation auf kommunaler Ebene kann ab sofort auf mehr Rückenwind vom Land bauen.“ Die Braunschweiger Grünen sind mit zwei Abgeordneten, Swantje Schendel und Dr. Andreas Hoffmann, im Landtag vertreten. Somit besteht ein enger Draht, um die Umsetzung der zahlreichen Vorhaben für den Wandel in Niedersachsen und seine Wirkungen für Braunschweig eng zu begleiten.

Alle Kreisverbände entsenden anteilig nach ihrer Mitgliederstärke Delegierte in die Landesdelegiertenkonferenz. Die achtköpfige Braunschweiger Delegation wurde aus den

Mitgliedern des Kreisverbands Braunschweig gewählt. Mindestens 4 Delegierte müssen Frauen sein. Für die Grünen Braunschweig nahmen an der heutigen Landesdelegiertenkonferenz teil: Louise Bohne, Carolin Borggreffe, Dr. Andreas Hoffmann, Florian Imbt, Sarina Langer, Michael Walther, Careen und Hendrik Weking.

Kontakt:

Dr. Andreas Hoffmann

Tel.: 0176 47038582

Mail: andreas.hoffmann@gruene-braunschweig.de